



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

AUS DEM BUNDESTAG: LINKE FORDERT EIN EUROPÄISCHES KARTELLAMT

23.05.2007 Fachinformation

Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, dass ein Europäisches Kartellamt eingerichtet wird. Dies fordert die Linksfraktion in einem Antrag. Aufgabe des Amtes müsse es sein, Fusionen und Kartelle zu überwachen, zu unterbinden und den Missbrauch von Marktmacht bei der Preisbildung, etwa bei den natürlichen Monopolen wie den Strom- und Gasnetzen, zu verhindern. Die wachsende Unternehmenskonzentration erlaube es den Konzernen, so die Begründung, zunehmend Marktpreise jenseits der Wettbewerbspreise durchzusetzen. Dies belaste Gewerbe und private Verbraucher gleichermaßen. Effektive Preiskontrollen seien in der EU unerlässlich, weil sie dort eingriffen, wo es keinen Wettbewerb gebe. Weiter heißt es, die Kompetenzen der Generaldirektion Wettbewerb innerhalb der EU-Kommission müssten auf das Europäische Kartellamt übertragen werden. Das Kartellamt müsse sowohl aus eigener Initiative als auch auf Initiative der nationalen Parlamente sowie des Europaparlaments tätig werden. Vor allem müsse es sich mit marktbeherrschenden Unternehmen auseinandersetzen und dafür angemessen personell und rechtlich ausgestattet sein. Eine Ausstattung auf dem Niveau der Generaldirektion Wettbewerb reiche dafür nicht aus.

<https://bbu.de/beitraege/aus-dem-bundestag-linke-fordert-ein-europaeisches-kartellamt>